

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die unbesenzt eingetragene Manufaktur  
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Trimborn mit der Regierungsbildung beauftragt.

### Die Ablehnung der Sozialdemokraten und der Verzicht des Dr. Heinze.

Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Dr. Heinze, war infolge der Einladung des Reichspräsidenten zu einer Besprechung, die ihn in Dresden erreichte, nach am Sonntagabend nach Berlin gefahren und nachts hier eingetroffen. Am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr empfing ihn der Reichspräsident, und im Laufe dieser Unterredung übertrug ihm der Reichspräsident die Bildung des neuen Kabinetts. Dr. Heinze erklärte sich bereit, diesen Auftrag anzunehmen. Er war, in Übereinstimmung mit seiner Partei, der Ansicht, daß eine solche Regierungsbildung nur möglich sei, wenn die von der Deutschen Volkspartei in den bekannten Formen bekämpfte Sozialdemokratie, ebenso wie die anderen, bisher so sehr angegriffenen Koalitionsparteien, daran teilnahmen. Dr. Heinze wandte sich infolgedessen zunächst an die Führer der mehrheitlich sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und bat um Auskunft, ob die Fraktion beauftragte Vertreter zu Unterhandlungen zu ihm senden wolle. Er erhielt eine bejahende Antwort; der Reichstagsleiter und Abgeordneter Loebe würden sich am Sonntagabend bei ihm einfinden.

Regierungsbildung beauftragt hatte, war die Gelegenheit gegeben, die Bereitwilligkeit der Deutschen Volkspartei zur Übernahme der Regierungsverantwortung auch praktisch zu erweisen, andererseits aber eine rasche und ungetriebene Entscheidung über die Haltung der Sozialdemokratie herbeizuführen. Aus diesem Grunde hat sich Abgeordneter Dr. Heinze am Sonntag vormittag dem Reichspräsidenten gegenüber bereit erklärt, den erstarkten Auftrag unter der Voraussetzung auszuführen, daß die sozialdemokratische Fraktion sich nicht von der Regierung abspaltete. Da Abgeordneter Dr. Heinze ein allgemeines Mandat nicht übernommen hatte, so war die Angelegenheit mit der Ablehnung der Sozialdemokratie für ihn erledigt. Zu weiteren Schritten sah er sich um so weniger veranlaßt, als die Schwierigkeiten, eine Regierung ohne die sozialdemokratische Fraktion zu bilden, durch die Haltung der demokratischen Partei außerordentlich erhöht werden. Die demokratische Partei hat deutlich erkennen lassen, daß sie eine Regierungsbildung ohne die Teilnahme der Sozialdemokratie ablehnt. Eine solche Regierung würde also dann auf die beiden Fraktionen der Rechten und das Zentrum, das heißt auf eine Minderheit, beschränkt sein. Für die Bildung eines bürgerlichen Kabinetts kommt in erster Linie das Zentrum in Frage, das durch seine Beziehungen nach rechts und links vermittelnd und gewinnend wirken kann.

### Dr. Trimborn übernimmt die Kabinettsbildung.

Berlin, 14. Juni. (W. T. S.) Der Reichspräsident hatte heute vormittag mit dem Abgeordneten der Zentrumsfraktion, Geheimrat Dr. Trimborn, eine längere Besprechung, in deren Verlauf Dr. Trimborn die großen Schwierigkeiten der Bildung eines neuen Kabinetts betonte. Der Reichspräsident ersuchte Trimborn unter Hinweis auf den Ernst der Situation, gleichwohl die Kabinettsbildung zu übernehmen. Dr. Trimborn nahm diesen Auftrag an.

Wie wir aus Zentrumskreisen hören, würde man es dort am liebsten sehen, wenn die alte Koalition die Regierung wieder übernehmen würde. Die einzige Schwierigkeit bestiehe darin, daß die Haltung der Bayerischen Volkspartei, also des bayerischen Zentrums, noch nicht geklärt ist. Man hoffe aber um so eher mit ihr zu einer Verständigung zu kommen, als Erbergerger, an dem die Bayerische Volkspartei besonders festhält, die Partei nicht nach Berlin zu kommen und an den parlamentarischen Sitzungen teilzunehmen gedenke. In bezug auf eine Erweiterung der Koalition nach rechts würde man eher Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei nicht ohne weiteres ablehnend gegenübersehen, namentlich im Hinblick auf die künftigen Fragen. Aber nach dem gestrigen Beschluß der Reichstagssozialdemokratie scheint die Kombination einwilligen auszugehen. Einen sogenannten Bürgerblock, der auch die deutschnationale Partei umfasse, der aber andererseits die Sozialdemokratie ausschalte, werde das Zentrum auf keinen Fall mitmachen, schon aus dem einen Grunde, weil die Zentrumskämpferlichkeit einer solchen Parteikonstellation die Gefolgschaft verneigen würde. Eine der Fraktionsfraktion des Zentrums erst morgen stattfinden, wird erst dann eine endgültige Klärung über die Haltung des Zentrums erfolgen.

### Die Haltung der Demokratischen Partei.

Wie wir aus Kreisen der Demokratischen Partei hören, bedeutet man hier den Beschluß der Sozialdemokratie, sich auch an der alten Koalition nicht zu beteiligen, ungünstig, weil auch die Herberichsstellung des alten Klassenkampfes nicht, es wäre indessen falsch, wenn die Deutsche demokratische Partei, die eine Partei des sozialen Ausgleichs sein will, sich nun auch ihrerseits auf einen Klassenkampfpunkt herablassen, sich an einer Koalition sämtlicher bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie beteiligen und so zur Vertiefung der Klassengegensätze mit ihren unabsehbaren Folgen beitragen würde.

Zu übrigen betrachtet man die gegenwärtige Sachlage wie folgt: Eine Koalition der beiden sozialistischen Parteien hat sich als unmöglich erwiesen, nachdem die Unabhängigen Sozialdemokratie auf die Anfrage des Reichstagsleiters Hermann Müller eine ablehnende Antwort erteilt hat. Da auch Dr. Heinze's Bemühungen, ein Kabinett zu bilden, gescheitert sind, so ist damit nicht nur die Kombination einer Koalition der Mittelparteien mit der Deutschen Volkspartei zu Stande gekommen, sondern es hat sich daraus auch die Möglichkeit ergeben, eine Koalition der Rechten zu bilden. Da Herr Heinze die Möglichkeit einer solchen Koalition von vornherein eingesehen hat, hat er sie nicht erst verurteilt. Die demokratische Partei wird den weiteren Gang der Dinge abwarten.

Der Parteiausschuß der Deutschen demokratischen Partei wird für die Tage vom 2. bis 4. Juli nach Berlin einberufen. Der Vorstand hat diesen Termin aus der Erwägung heraus gewählt, daß die Wahlkreisorganisationen zunächst das Bedenken haben werden, Wahlkreisparteitage abzuhalten, damit dort die durch das Wahlkreisereignis aktuell gewordenen Fragen der Organisation durchberaten werden. Weiter vor zu berücksichtigen, daß voraussichtlich der Reichstag am 24. Juni zusammentritt und die Mitglieder des Reichstags und die Fraktionsvertreter überaus in Anspruch genommen sein werden. Der Parteiausschuß soll sich in allererster Linie mit den Fragen der Organisation und der Presse beschäftigen; natürlich wird auch eine politische Aussprache und die Festlegung von Richtlinien für die nunmehr einzuführende Politik zu den Aufgaben des Parteiausschusses gehören.

T. W. Die Sozialdemokraten haben gestern in ihrer Parteikonferenz beschlossen, in kein Kabinett einzutreten und sie haben auch die Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition — da sie, wie Hermann Müller auszusprechen, keine „tragfähige Mehrheit“ finden würde — abgelehnt. Sie verzichten auf Macht und Ehren und ziehen sich in die Opposition zurück. Infolgedessen hat Herr Dr. Heinze, der volksparteiliche Fraktionsvorsitzende, der auch ohne diesen Beschluß der Sozialdemokraten mit seinen Verhandlungen kein Hindernis hätte, dem Reichspräsidenten Ernst geraten, Herrn Trimborn, den Zentrumsvorsitzenden, mit der Bildung eines sogenannten „Wirtschaftsministeriums“, das man auch ein „Geschäftsministerium“ nennen könnte, zu betrauen. Das ist der einzige Notausgang, den die Wähler erwarten. Was ist das, ein „Wirtschaftskabinett“? Auch wenn es in der Hauptsache aus nichtparlamentarischen Fachministern bestehen soll, braucht man, um es zu leiten, zu halten und zu unterstützen, doch politische Parteien. Werden das Zentrum und die Deutsche demokratische Partei bereit sein, mitzutun? Darauf, nicht auf den Namen des Kabinetts, kommt alles an. Im Grunde ist das, was wir heute erleben und vor acht Tagen erlebt haben, nicht gerade neu. Das alles haben wir schon mitgemacht, als die stürmische Agitation der Herrg. Stresemann und Genossen die Verknüpfung des unbeschränkten U-Boot-Krieges erzwang. Die Agitation war damals noch nicht ganz so auf das Niveau letzter Verfolgung gebracht wie diesmal, aber das Publikum wurde doch immerhin bis zur Bewußtlosigkeit in einen schönen Journalismus (schwören, daß alles herrlich werden würde, und man' taumelte, indem man die Warner, die wirklichen Vaterlandsfreunde, als schädliche Patrioten beiseite schob, frohgemut in die Katastrophe hinein. Damals wurden die Schritte der Amerikaner torpediert. Jetzt torpedierte man die Demokratie. Damals hieß es: „Kette druff!“ oder, wie ein wandelbarer Artikelstreiber mutig ausrief: „Man an den Feind!“ Ueberlegt, berechnet, vorhergesehen hatte man leider nichts. Diesmal hat man wieder mit „Kette druff!“ und mit noch ganz anderen Kernworten eine Koalition erschüttert, die wir für ungemein verheerungsbedürftig gehalten haben, die aber allein, im Namen und nach außen hin, dem Lande Möglichkeiten zum Wiederaufstieg bot. Und nachdem man dieses Kunststück vollbracht, das Schiff angebohrt und eine heillose Verwirrung angerichtet hat, weiß man wieder nicht weiter und sucht nun Hilfe bei denjenigen, die man eben noch mit allem Geknack und Bemerkeln mißachtet.

Man darf, wenn man Politik machen will, nicht überempfindlich sein, sich nicht in Ranken empfangen, und ein sehr minderwertiger Politiker ist derjenige, der, weil man ihm Schmutz ins Gesicht geschleudert hat, den Blick für das allein Wesentliche, für das Wohl des Landes, verliert. In einem Wahlkampf pflegt auch nicht jedes Wort siebenmal gewogen zu werden, alle Parteien verstoßen ihre Lüge, und wer nett ist, paßt heutzutage nicht für die Politik. Man darf, wenn man die heute herrschende Unmoral betrachtet, auch nicht verkennen, daß die Not der Zeit manchen zu zweifelhaften Gewerden treibt. Wie der eine gewisse Leppiche behandelt, der zweite einen Salon für Schmeicheleien einrichtet, so gewinnt ein Dritter durch Anfertigung kostiger Wahlflugblätter für zahlungsunfähige Parteien das, was er zum Leben braucht. Besonders Mitgefühl wird man mit jenen Redakteuren haben müssen, die von Stimmes und anderen Schwerindustriellen samt ihren Blättern gekauft wurden, und nicht minder mit manchen armen alten Veteranen, denen Zeitung wieder einmal „Schwente“ und der nun vor der Frage: sich biegen oder brechen, sein oder nicht sein steht. Als in England auflegte, seine Politik zu untertan die Verpflichtung aufzulegen, seine Politik zu untertan fügen, antwortete ein Zollbeamter: „Ich habe vierzehn Gründe, den Befehlen Seiner Majestät zu gehorchen — dreizehn kleine Kinder und eine Frau.“ Wir müssen also, wenn wir gerecht sein wollen, uns all die widerwärtigen Umstände vorhalten, aber auch dann bleibt natürlich in den demokratischen Wahlkreisen ein Eindruck, der nicht dadurch verschwindet, daß die Deutsche Volkspartei jetzt den gestrigen Angefallenen Bonbons und Limonade reicht. Die Schreiberlinge haben, um sich ihren Platz bei den neuen Herren zu sichern, einander allzuheftig in Schmähdungen überboten, und die bezahlten Meinen haben den Berg von Verleumdungen zu hoch gebaut. Wenn heute in allen Teilen Deutschlands die Demokraten erklären, daß man unter keinen Umständen mit der Volkspartei zusammengehen dürfte — und daß sie in solchen Fällen a s i e d e n würden —, so sind sie dabei nicht nur von der Erwägung geleitet, daß eine Partei, die gegen die republikanisch-demokratische Verfassung getrimmt hat, nicht in einer Regierung mit den demokratischen Arbeitern dieser Verfassung sitzen kann. Fast noch mehr spricht jenes Gefühl beleidigter Unfähigkeit mit, das man, bei aller Abneigung gegen eine Politik der Ranken, begreifen und respektieren muß. Der Korrespondent des „Matin“ hat seinem Blatte gemeldet, die Deutsche Volkspartei habe fünfzehnhundert Millionen für ihre Wahlkampagne verausgabt, und in Frankreich sagt man sich natürlich, ein Land, in dem die Rechtsparteien sich diejen oder einen jedenmal, beträchtlichen Vurus geleistet haben, könne eine sehr hohe Kriegsgewinnung zahlen und sei keineswegs verarmt. Es läßt sich nicht nachprüfen, mit welchen Summen die großen Kriegsgewinner und Friedensverdiener den Kampf gegen die „demokratische Korruption“ finanziert haben, aber das eine läßt sich sagen: Sie haben für ihr Geld nicht zu wenig, sondern zu viel gegeben. Herr Stimmes und seine Freunde müssen streng gegen die Heberreigen und Angehörigen, gegen diese Semelles gehen, die den goldenen Regen des Zins in ihrem Schoße haben, die den goldenen Regen des Zins in ihrem Schoße empfangen haben und allzu dankbar gewesen sind. Diejenigen, die plötzlich von Verständigung sprachen, brachten ein Giftschloß zu viele Heberreite der Wahlkampagne mit. Ein angelegener Volksparteier, der Generaldirektor der Deutsch-Rugenburgischen Gesellschaft, Herr Voegeler —

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt hierzu u. a.:  
Nachdem der Reichspräsident trotz der Aussichtslosigkeit dieses Versuches, den Abgeordneten Dr. Heinze mit der